

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

28.08.2024

Inhalt

EWN

1 Gericht entscheidet über Schutt aus Biblis <i>Frankfurter Rundschau Darmstadt, 28.08.2024</i>	3
2 IAEA-Chef warnt vor Gefahr für russisches AKW Kursk <i>stern.de, 27.08.2024</i>	4

 Frankfurter Rundschau Darmstadt | 28.08.2024 | S. F20 Auflage: 4.941 | Reichweite: 30.611 Anette Schlegl

Gericht entscheidet über Schutt aus Biblis

BUND klagt, damit radioaktive Stoffe aus Abriss des Atommeilers nicht in Umwelt gelangen

Nach sieben Jahren entscheidet der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Kassel an diesem Donnerstag über eine Klage des BUND Hessen gegen das Land Hessen. Es geht um die Freigabe radioaktiver Stoffe aus dem Rückbau des Atomkraftwerks (AKW) Biblis.

Abrissmaterialien wie Metalle oder Bauschutt aus dem AKW durchlaufen ein Freigabeverfahren und können in den normalen Wertstoffkreislauf überführt werden, wenn die berechnete Strahlendosis für einen Menschen zehn Mikrosievert pro Jahr nicht übersteigt. Der BUND sieht das kritisch. „Über Recycling und Deponierung der Abrissmaterialien kommt die Radioaktivität wieder in den Alltag zurück“, sagt Energie- und Atomexperte Werner Neumann. „Damit werden Milliarden von Becquerel irgendwo verteilt.“

Das 10-Mikrosievert-Konzept habe eine Firma erstellt, die für die Atomwirtschaft arbeitet. Die Bundesregierung habe es übernommen. „Was genau in dem Konzept drinsteht, ist nie offiziell veröffentlicht worden“, moniert Neumann. Nur der BUND habe vor acht Jahren eine Kopie erhalten.

Die Umweltorganisation habe dann festgestellt, dass es in diesem Konzept aus dem Jahr 2004 „viele intransparente Annahmen und Voraussetzungen gibt“.

Die Frage sei, welche Strahlendosis sich ergebe, wenn eine bestimmte Menge Radioaktivität in die Umwelt abgegeben werde. Computerprogramme seien mit den Annahmen und Faktoren aus dem Konzept geschrieben worden, hätten aber „völlig verschiedene Ergebnisse“ für die Strahlenbelastung der Bevölkerung aus den Abrissmaterialien geliefert.

Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit hatte im Jahr 2020 ebenfalls Unterschiede in den Berechnungsmodellen gefunden, „die nicht erklärbar oder herleitbar sind“. Außerdem hatten Studien der Firma Brenk und des TÜV Nord für das Abrissmaterial aus dem AKW Stade, das auf der Deponie Käseburg (Unterweser) landen sollte, völlig unterschiedliche Ergebnisse in puncto Strahlenbelastung geliefert.

Man könne sich also nicht sicher sein, dass der Strahlenschutz der Bevölkerung mit dem 10-Mikrosievert-Konzept gewährleistet sei, sagt Neumann. Deshalb seien spezielle Deponien erforderlich, statt den Biblis-Bauschutt auf der Hausmülldeponie Büttelborn abzulagern oder die Abrissmaterialien per Recycling in Alltagsgegenständen zu verteilen. Das VGH soll nun klären, ob das Freigabeverfahren aufrechterhalten werden kann.

ATOMKRAFTWERK

IAEA-Chef warnt vor Gefahr für russisches AKW Kursk

Die Ukraine rückt in russisches Gebiet vor, in dem auch ein Kernkraftwerk steht. Moskau schlug Alarm wegen der Gefahr. Nun äußert sich der IAEA-Chef Grossi nach einem Besuch dort.

Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, hat bei einem Besuch im frontnahen russischen Atomkraftwerk Kursk vor der Gefahr für den Meiler gewarnt. Das Kernkraftwerk in der Stadt Kurtschatow sei ein atomares Objekt, das in Betrieb sei, sagte Grossi bei einer vom russischen Staatsfernsehen übertragenen Stellungnahme. "Und Attacken können gefährlich enden", sagte er gemäß russischer Übersetzung. Die Kampfhandlungen in dem Gebiet riefen ernsthafte Besorgnis hervor.

Demnach warnte Grossi für den Fall von Kämpfen direkt am AKW vor der Gefahr eines atomaren Zwischenfalls. Die Reaktoren hätten keine Schutzhülle, was sie besonders anfällig mache für Schäden im Fall eines Drohnenangriffs oder Artilleriebeschusses. Bislang laufe der Betrieb aber beinahe normal, sagte Grossi. Er habe die wichtigsten Objekte besichtigt, darunter die Reaktoren- und Maschinenhallen, die Steuerungseinheit und das Lager für verbrauchte Brennelemente.

Nach Angaben der russischen Atomenergie-Holding Rosatom machte sich Grossi auch ein Bild von den Spuren an der Anlage nach mutmaßlichen ukrainischen Angriffen. Der IAEA-Chef forderte nach russischen Angaben erneut, dass die Regeln für die nukleare Sicherheit beachtet werden müssen. Atomkraftwerke dürften nicht als Kriegsziel genutzt werden, betonte er.

Grossi plant Gespräche mit Präsident Selenskyj in Kiew

Russland hatte nach Beginn der ukrainischen Offensive am 6. August im Gebiet Kursk berichtet, dass Trümmer einer abgeschossenen Rakete auf das AKW-Gelände gestürzt seien. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zudem der Ukraine vorgeworfen, ver-

sucht zu haben, am 22. August das AKW anzugreifen.

Grossi teilte mit, dass Putin ihn selbst eingeladen habe zu dem Besuch im AKW. Es sei wichtig, die Kommunikationskanäle offenzuhalten und die Zusammenarbeit fortzusetzen. Grossi will nach eigenen Angaben auch nach Kiew reisen, um mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu sprechen.

Dabei gehe es um das AKW Saporischschja, das russische Truppen besetzt halten, und weitere Nuklearanlagen im Land. Grossi sagte, dass Kiew um eine Ausweitung der IAEA-Präsenz in der Ukraine gebeten habe. Im AKW Saporischschja sind Experten der IAEA im Einsatz.

Grossi hat bereits mehrfach das russisch besetzte ukrainische AKW Saporischschja besucht und dort ein IAEA-Team stationiert. Die ständige Präsenz der internationalen Fachleute dient nicht nur der Beobachtung der Lage, sondern auch der Abschreckung von Kampfhandlungen, die einen Atomunfall auslösen könnten.

Zivilschutz: Strahlenwerte im Normbereich

Nach Angaben des russischen Zivilschutzes lagen die Strahlenwerte in Kurtschatow im Normbereich. Die ökologische Situation werde rund um die Uhr überwacht, hieß es. Das AKW in der Stadt Kurtschatow liegt etwa 30 Kilometer entfernt von dem äußersten belegten Vorstoß der Ukrainer. Der Vormarsch dauert nach ukrainischen Angaben an. Bislang ist jedoch unklar, ob das AKW ein Ziel des ukrainischen Vormarsches ist.

Rosatom-Chef Alexej Lichtschow teilte mit, dass er sich kommende Woche mit Grossi in Kaliningrad an der Ostsee treffen wolle, um die Ergebnisse des Besuchs in Kursk zu besprechen. Während Grossis Aufenthalt gab es laut russischen Medien Luftalarm wegen angeblich möglicher Raketenschläge.